

Mitentscheiden - ein Fest für alle

„Ich will nicht nur beteiligt werden, ich will entscheiden!“

Teilnehmerin bei der Regionalkonferenz Koblenz



Bei den Regionalkonferenzen finden die Teilnehmer heraus, vor welchen Herausforderungen die Demokratie steht. Die ausgelassenen Bürger sollten dann Lösungen dafür finden. Foto: Jan Hagenstein

Im Kleinen zeigen sich aber auch die Probleme, die sich ergeben können, wenn neue Beteiligungsformen ausprobiert werden. Im Potsdamer Beteiligungsrat haben einige Bürger die Arbeit mit hohen Erwartungen aufgenommen und wurden schnell enttäuscht, weil sie qua Geschäftsordnung nur beraten, aber nicht entscheiden dürfen. Diese Rollenverteilung – geloste Gremien beraten, gewählte Parlamente entscheiden – gilt für fast alle Modellprojekte. Das stößt auf Widerstand, bei der Regionalkonferenz des Bürgerrats in Koblenz meint eine Teilnehmerin: „Ich will nicht nur beteiligt werden, ich will entscheiden!“

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/buergerbeteiligung-mit-dem-losverfahren-die-demokratie-retten-16268760.html>

„Wir haben ein Gesetzesmonopol des Nationalrats; keine Volksgesetzgebung, auch nicht punktuell.“ (Dr. Susanne Fürst, 2014)

Wenn die „[bestehenden Institutionen unserer Demokratie\[n\] gestärkt werden](#)“ sollen, diese aus sich heraus bisher aber nicht in der Lage waren, die gegebenen Repräsentationslücken zu vermeiden, dann sollten wir vielleicht doch endlich einmal „*mehr Demokratie wagen*“.

Wie dies Jahrzehnte nach der [Regierungserklärung](#) von Willy Brandt im Oktober 1969 trotz fehlender Bestürztheit um die fortgesetzte Herabstufung Österreichs zur [Wahldemokratie](#) geschehen soll, das gilt es in der Folge herauszufinden. Mit Aufklärung allein kommen wir nicht weiter. Das weiß auch Armin Nassehi und schlägt daher „[Verhaltensänderung in ästhetisch-konsumähnlicher Form](#)“ vor. (Unbehagen, S 331)



STIFTUNG
HAMBACHER
SCHLOSS

Startseite → Hambacher Fest

Hinauf, hinauf zum Schloß!

Hambacher Fest

Am 27. Mai 1832 kamen bis zu 30.000 Menschen auf dem Hambacher Schlossberg zusammen, um für ein geeintes Deutschland, politische Grundrechte und ein solidarisch verbundenes Europa einzutreten. Doch warum war gerade in der Pfalz die Unzufriedenheit in jenen Jahren so groß? Wer organisierte das

Hambacher Fest? Und was waren die Forderungen der Festredner? Auf dieser Seite, die wir regelmäßig erweitern werden, möchten wir zentrale Fragen zum Hambacher Fest und seinen wichtigsten Köpfen in knapper Form beantworten.

Wie damals im Jahr 1832, so gibt es auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts [gute Gründe](#), sich bei einem ([Schüler-](#))Fest zu versammeln und Forderungen an die Regierenden zu erheben. Die erste Frage auf dem Weg dorthin lautet: worauf sollten wir achten, damit es ein in vielerlei Hinsicht gelingendes Fest wird?



Dazu Roland Roth in „[Demokratie wirksam fördern](#)„:



„Stets ist dabei zu berücksichtigen, dass nicht jedes Engagement und nicht jede Partizipation demokratisch ist, zu einer demokratischen politischen Kultur beiträgt oder die Qualität demokratischen Regierens verbessert. Partizipation kann z.B. soziale und politische Ungleichheiten vertiefen, wenn sie lediglich ohnehin privilegierte Gruppen erreicht (Lee et al. 2015; Roth 2016a). Populäre Formen der Partizipation (wie z.B. Bürgerhaushalte) sind auch in autoritären Regimen im Einsatz – etwa in China (Gueorguiev 2021) und einigen Staaten in Südostasien (Rodan 2018) – und bringen dort keine demokratisierenden Impulse hervor.“ (S 151)

Geförderte Projekte

Demokratie lebt vom Mitmachen. Die Projekte des Förderfonds Demokratie unterstützen Menschen in ganz Deutschland dabei, demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Anschließend nennt Roland Roth "aus der Debatte über lokale Beteiligungskulturen [...] einige Dimensionen einer demokratisch orientierten Engagementförderung", die "vor allem dann nachhaltig sein [dürfte], wenn sie ...

- Kontroversen und Konflikte nicht scheut ...
- perspektivisch durch institutionelle Verankerung unterstützt wird ... [Anm.: vgl. [Hans Kelsen et al.](#)]
- niederschwellig ansetzt ...
- inklusiv ausgerichtet ist ...
- auf Offenheit in Politik und Verwaltung trifft ...
- Erfolge und Selbstwirksamkeit ermöglicht.“ (S 151 ff)



Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag

Die Schlüsselfrage ist nun, wie wir die politische Unterstützung und die finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis erreichen können. Die Bildung von Allianzen ist von entscheidender Bedeutung, um die Macht der Vielen wirksam zu nutzen, um den Einfluss der Wenigen zu zügeln und die bestehenden Machtstrukturen neu auszutariieren.

Quelle: <https://cdn.unrisd.org/assets/library/reports/2023/de-overview-unrisd-flagship-report-2022.pdf>, S 25

UNRISD-Forschungen haben gezeigt, dass eine Kombination aus fortschrittlicher Führung, die vom Gemeinwohl und dem öffentlichen Interesse inspiriert ist, und Druck von unten durch protestierende Bürgerinnen und Bürger, fortschrittliche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, unterstützt von multilateralen Organisationen und Rahmenwerken, einen großen Beitrag zu nachhaltigeren und inklusiveren Entwicklungsansätzen leisten kann.¹⁷⁰

Wie könnte nun so ein demokratiepolitisches Engagement aussehen?

„Ohne Weiterentwicklung stirbt die Demokratie: Wahlen allein sind zu wenig, ...“ ([Hans Rauscher, 2023](#))

Bei den folgenden Überlegungen für ein Fest zur Stärkung der Demokratie geht es auch um [Transformation von Widerstand](#) abseits einer aufrüttelnden Krise (siehe [Belgien](#), [Paris](#), [Irland](#)) als treibender Motor für weitere Schritte auf dem Weg zu "[mehr Demokratie](#)". [Cornelia Koppetsch](#):

„Damit eine solche Mobilisierung aber überhaupt gelingen kann, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: *Erstens* müssen im Feld der ideologischen bzw. kulturellen Produktion oppositionelle Ideologien und Weltansichten (Häresien) etabliert werden, welche die herrschende Moral, die geltenden Spielregeln und Sichtweisen durch kollektive Aktionen öffentlich in Frage stellen. *Zweitens* müssen die jeweiligen oppositionellen Ideologien und Weltansichten eine allgemeine symbolische Klammer darstellen, die an die lebensweltlichen Sichtweisen und Alltagskulturen verschiedener Milieus anknüpfen können. Politische Gefolgschaft ist keine im vollen Umfang ,bewusste

Welches Vermittlungsverständnis resultiert daraus? Inwieweit erfolgt so eine Förderung der Demokratie?

Christine Brieger: Wir erreichen in unseren Angeboten Teilnehmende mit unterschiedlichen Sozialisations-erfahrungen und schaffen Partizipationsmöglichkeiten, indem wir Projekte nicht für Teilnehmende, sondern mit ihnen entwickeln und gestalten. Denn die aktive Beteiligung des Einzelnen ist für die Entwicklung der demokratischen Gesellschaft unerlässlich.

Aus: Politik & Kultur 11/2022, Museumsarbeit = Bildungsarbeit?, S 20 – <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2022/10/puk11-22.pdf>



Entscheidung', sondern knüpft an vorpolitische Einstellungen und Weltbilder an, die durch den Habitus, die 'strukturierte und strukturierende Struktur' (Bourdieu 1982, S. 277) sozial erworbener Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsregeln, im Subjekt befestigt werden. Ideologien müssen somit einen Widerhall im Habitus unterschiedlicher zu mobilisierender Gruppen aufweisen. *Drittens* müssen die unterschiedlichen beteiligten Gruppen durch ein Verhältnis der strukturellen Homologie im Sozialraum aufeinander bezogen sein." ([Rechtspopulismus als Klassenkampf?](#), S 386)

„Es braucht eine Ermutigung aller Wählerinnen und Wähler, gerade auch derer in prekären Lebenslagen, mit ihrer Stimme ihre politischen Prioritäten zum Ausdruck zu bringen und ,ihren' Kandidat/innen den Einzug in die Parlamente zu ermöglichen, so dass diese Responsivität und Repräsentativität verlässlich gewährleisten.“ ([Eva M. Welskop-Deffaa](#) (2017, S 477)

[Abseits von entwicklungsfördernden Krisen](#) braucht es dazu eine entsprechende **Kultur** zur Erzielung nachhaltiger Transformationserfolge auf dem Weg zu der von Hartmut Rosa vorgeschlagenen „[Gemeinwohlkonzeption, weil Politik nicht einfach Interessendurchsetzung ist.](#)“ Wenn durch diese das Volk souverän wirken können soll, hat sie nach [Hans Kelsen](#) eine Institution der Republik zu sein. Dazu brauchte es Tamara Ehs zufolge [nicht einmal eine Gesetzesänderung](#): es reicht, „die Geschäftsordnungen des National- und des [Bundesrats](#) partizipativer [zu] interpretieren.“ (Krisendemokratie, S 101 f)



„Wir müssen diese immense Macht der Kultur für die demokratische Gesundheit unserer Gesellschaften nutzen.“ ([Margaritis Schinas](#), 2023)

Mitentscheiden - ein Fest für alle

Nun zur ersten Skizze einer Idee für eine Veranstaltungsreihe mit aktivierenden, diskursiven und unterhaltsamen Elementen als ein wegbereitendes Kulturevent für permanente [Demokratieentwicklung](#). "**Zusammen leben**" steht dabei für das Gesamtprogramm, bestehend aus:

- **Zusammen fordern** ... zB im Rahmen von *Demos* wie „Wir wollen und [werden mitentscheiden!](#)“ – als Klammer für soziokulturell unterschiedliche Interessensgruppen, inklusive der [Deklassierten](#)
- **Zusammen planen** ... via [Mitbestimmungs-Workshops](#) und *Diskursveranstaltungen* nach dem Motto: „Was braucht's für MEHR DEMOKRATIE?“
- **Zusammen feiern** ... und schließlich wird - beispielsweise wie am Ende der Performance "[One Three Some](#)" von Danae Theodoridou - *getanzt* ... oder sonst wie kulturell aufbauend "Gemeinschaft gefeiert".



Die große noch verbleibende Frage: **wie organisieren wir uns** dazu landesweit?

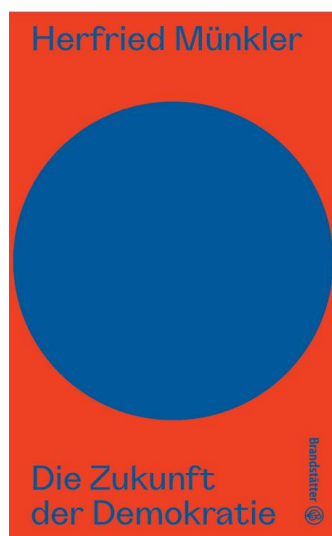
Eine schnelle Antwort finden wir in einer Mischung aus "[Cannabis Social Clubs](#)" und "Planungszellen" aus den 1970er-Jahren. Die Bezeichnung "Bürgercafé" ist dabei zu einschränkend, da sich alle, die im Land leben und Steuern zahlen zur Mitwirkung eingeladen fühlen sollen. Diesbezüglich ist jede Kulturinitiative angesprochen; ebenso jene, die sich bereits bisher um demokratiepolitische Agenden wie zB die [Gleichstellung](#) bemühten. Sinnvoll wird auch sein, sich in Kooperation mit Städte- und Gemeindebund zu organisieren. Auf eine Unterstützung durch das nationale Parlament zu hoffen wird vermutlich vergebens bleiben.

Dieser Prozess lief ganz transparent ab, das wurde alles auch öffentlich übertragen, auch mit Befragungen in **Bürgercafés** rückgekoppelt. Solche Bürgercafés, Bürgerkonferenzen – „Planungszellen“ hat man das in Deutschland in den siebziger Jahren auf kommunaler Ebene genannt – können auch bundesweit funktionieren, müssen organisiert werden, und es wäre am Parlament, das zu organisieren.

Quelle: Tamara Ehs, 2014, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/791/iframe_468784.pdf, S 308

Anmerkungen

Ad [UNRISD-Forschungen](#): Eine fortschrittliche Führung, die „vom Gemeinwohl und dem öffentlichen Interesse inspiriert ist“, muss erst hergestellt werden. Der Befund dazu ist eindeutig (siehe [Repräsentationslücken](#)) und gipfelt in diesem Satz von [Michael J. Sandel](#): „Die Reichen und Mächtigen haben das System manipuliert, um ihre Privilegien zu behalten; die Akademiker haben herausgefunden, wie sie ihre Vorteile an ihre Kinder weitergeben können, wodurch die [Meritokratie](#) zu einer [Erbaristokratie](#) geworden ist.“ (Vom Ende des Gemeinwohls, 2020, S 191)



Über „die Zukunft der Demokratie“

„In der klassischen Vorstellung von den Typen politischer Ordnung liegt jenseits der Demokratie die Oligarchie, die sich zur Aristokratie, zur Herrschaft der Tüchtigsten und am meisten Geeigneten beziehungsweise am besten dazu Befähigten steigern, die aber auch zu einer Beutegemeinschaft der Mächtigen und Vermögenden degenerieren kann.“ (S 173 f)

„Demokratie im Sinn einer Herrschaft der vom Machtgebrauch Betroffenen ist also – auch – so etwas wie eine Versicherung gegen derartige Degenerationsprozesse. Dieser Aspekt ist in den jüngeren Demokratietheorien in den Hintergrund getreten, hat in der klassischen Demokratietheorie der Antike und der

frühen Neuzeit aber eine bedeutende Rolle gespielt.“ (S 174)



Deshalb hat auch Herfried Münkler im Zuge seiner Überlegungen über die [Zukunft der Demokratie](#) begonnen darüber "nachzudenken, ob und wie veränderte Formen des

bürgerschaftlichen Engagements eine nachhaltige Umkehr der jüngeren Entwicklung des Wahlverfahrens durch eine aleatorische Aufgabenzuweisung - also ein Einsatz, der von Los und Würfel bestimmt wird - die mit der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger in radikaler Weise ernst macht, bis hin zu organisatorisch offenen Formen der Bürgerbeteiligung, bei denen auch jene in Entscheidungssituationen versetzt werden, die sich sonst nie politisch engagieren würden." (S 167)

Die Schweizer Mischung aus Eigenverantwortung und Gemeinsinn trifft man andernorts nicht an. Dann lieber das Losverfahren anstelle von Plebisziten?

Plebiszite sind häufig ein Verfahren der Begründung von Diktaturen. Auch die Nazis haben Volksbefragungen durchgeführt; die dienten aber nicht der Beratschlagung, sondern der Akklamation. Der Wähler ist ein ausgesprochen gefährliches Wesen, weil er häufig das, was er jetzt will, morgen gar nicht mehr will, weil sich vielleicht die Umstände verändert haben. Eine Kultur der Bildung von politischer Urteilskraft im Wege von Plebisziten braucht sehr viel Zeit und eine darin eingeübte Bevölkerung. In Deutschland ist das eher ein Unfug, in dem die Bestimmtheit des Augenblicks den Ausschlag gibt, und ein paar Tage später kann man es schon bereuen. **Das spricht gegen die Lösung Plebiszit und eher für die Lösung, die Bürger per Losentscheid in Beratungsgremien zu zwingen, in denen sie nicht einfach aus dem Bauch heraus Entscheidungen treffen können, weil die Stimmung gerade eben so ist.**

Quelle: Herfried Münkler, in: <https://www.derpragmaticus.com/r/muenkler-interview-waehler>, 2023-06-06, 21:25 h



Diese Lehren zieht [David Van Reybrouck](#) u. a. aus seinem „flüchtige[n] Überblick über die Geschichte“: „Der Gebrauch des [Losverfahrens](#) fiel häufig mit dem Höhepunkt von Wohlstand, Prosperität und Kultur zusammen“, das Losverfahren sorgte für „weniger Konflikte und größere Beteiligung der Bürger“, es wurde „immer in Kombination mit Wahlen praktiziert, um Kompetenz zu garantieren“ und „Staaten, die das Losverfahren anwandten, erlebten häufig Jahrhunderte der politischen Stabilität, trotz großer interner Unterschiede zwischen rivalisierenden

Gruppen.“ (Gegen Wahlen, S 82 f)

